

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Steffen Reiche zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß: Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil I).

Seite 1

Hans Eichel zur Forderung der hessischen FDP, am 13. Januar gesamtdeutsche und Landtags-Wahlen durchzuführen; Wiesbadener Flucht aus dem eigenen Versagen.

Seite 3

Prof. Horst-Eberhard Richter zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten: Die neue Rolle der Deutschen (Teil II und Schluß).

Seite 4

Manfred Opel MdB zum Erfordernis, den Abrüstungsprozeß arbeitsmarktpolitisch zu flankieren: Rüstungskonversion im Norden besonders dringlich.

Seite 5

45. Jahrgang / 93

16. Mai 1990

Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil I)

Zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß

Von Steffen Reiche

Mitglied der SPD-Fraktion der DDR-Volkskammer

Das Thema "Die Entwicklung in der DDR und die Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland" ist eine Aussage. Und das ist gut so, denn das erste Mal seit vielen Jahren hat eine Entwicklung in der DDR wieder direkte Auswirkungen auf die Bundesrepublik, dergestalt daß nur die Formen der Abgrenzung der beiden deutschen Staaten modifiziert wurden. Nun gibt es direkte Auswirkungen der Entwicklung in der Bundesrepublik und in absehbarer Zeit sogar hoffentlich eine gemeinsame Entwicklung. Denn mit dem 9. November hat der Montag und somit die Arbeitswoche nach den 40 Jahren Sonntagsreden der bundesdeutschen Politik begonnen.

Dank der grenzbrechenden Medien haben wir den Inhalt dieser Sonntagsreden im Ohr gehabt und klagen nun ihre Verwirklichung ein. Wir nehmen Euch, deutsche Landsleute - ich sage es ohne jeden Nationalismus -, beim Wort. Beim Wort Eures Grundgesetzes und dem der zahlreichen Sonntags-, 17. Juni-, 21. August-, KSZE-Reden und so weiter.

Unsere Situation ist letztlich die, daß wir zurückgekehrt sind. Wir haben nicht nur einen Umweg gemacht, sondern wir sind in eine Sackgasse geraten. Wir haben dabei auch einige Dinge entwickelt, die wir mit zurückbringen und auf die wir nicht verzichten wollen, aber vor allem kehren wir zurück zu dem anderen deutschen Teilstaat und einer europäischen Teilgemeinschaft, die in der Zeit unserer ungewollten Abwesenheit eine ungeheuer dynamische Entwicklung erlebt haben. Wenn wir als Deutsche zurückkehren - und das unterscheidet uns von unseren tschechoslowakischen und polnischen Freunden - dann haben wir zum einen über Jahrzehnte hinweg wichtige Menschen verloren, die von Ost nach West gingen, die uns jetzt Identität stiften könnten, und dann kehren wir zum anderen in einen gemeinsam aufzubauenden Staat zurück. Das sind die großen Chancen und die Gefahren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Umwelt
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Engagement für den frauenfreundlichen Umbau der Gesellschaft

Zur Verdoppelung der Zahl weiblicher SPD-Bundestagsabgeordneter aus Hessen

**Von Heiga Timm MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion**

Verdoppeln wird die hessische SPD die Zahl ihrer weiblichen Bundestagsabgeordneten in der kommenden Legislaturperiode. Damit werden mindestens 25 Prozent der hessischen SPD-Abgeordneten Frauen sein. Dabei verstehen sich die SPD-Kandidatinnen als Interessenvertretung der hessischen Frauen.

Die kommende Legislaturperiode des Deutschen Bundestages wird neben Fragen der deutsch-deutschen Einigung geprägt sein von frauenpolitischen Themen und Initiativen. Dann gerade wie die Vereinigung beider deutschen Staaten für die Frauen in der Bundesrepublik und in der DDR viele neue und zusätzliche Probleme mit sich bringen wird, ist eine aktive Frauenpolitik nötiger denn je. Notwendig ist insbesondere ein frauenfreundlicher Umbau der Gesellschaft.

Aus Sicht der hessischen SPD und der SPD-Frauen stellen sich dabei folgende Schwerpunkte:

1. Die Forderung nach einem Gleichstellungsgesetz, das Frauenförderpläne verbindlich vorschreibt, das auch indirekte Diskriminierung von Frauen verbietet, die Diskriminierung von Frauen mit hohen Bußgeldern als ordnungswidrig ahndet und das die Sozialversicherungspflicht für alle Erwerbsverhältnisse vorsieht.
2. Die Verankerung eines Rechtsanspruches auf Kindergartenerziehung im Jugendhilferecht (für 3- bis 6jährige Kinder) und die Umsetzung der entsprechenden Konsequenzen für die Kommunen und Kreise.
3. Die schrittweise Einführung eines dreijährigen Elternurlaubes mit einer entsprechenden Arbeitsplatzgarantie.
4. Die Verankerung eines Rechtsanspruches für Frauen auf berufliche Weiterqualifizierung.
5. Eine Verlängerung der Möglichkeiten für berufliche Freistellung bei einer Erkrankung der Kinder.
6. Ein einheitliches Kindergeld von 200 DM pro Kind.
7. Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Deshalb Streichung des § 216 und Regelung des Schwangerschaftsabbruches in einem eigenen Gesetz, danach soll ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich in den ersten drei Monaten auf Antrag der Schwangeren zulässig sein.

Daneben werden sich die weiblichen hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten für eine rasche und umfassende Abrüstung in beiden Teilen Deutschlands stark machen, um damit die im Programm Fortschritt 90 der SPD festgelegten Maßnahmen umgehend zu realisieren.

Für die hessische Landespolitik ergeben sich aus diesen politischen Ziele ebenfalls die Schaffung eines hessischen Gleichstellungsgesetzes, ein hessisches Frauenförderungsprogramm.

(-/15.5.1990/rs/fr)

* * *

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/35
Telex: 886 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Steffen Reiche zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß: Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil I).

Seite 1

Hans Eichel zur Forderung der hessischen FDP, am 13. Januar gesamtdeutsche und Landtags-Wahlen durchzuführen: Wiesbadener Flucht aus dem eigenen Versagen.

Seite 3

Prof. Horst-Eberhard Richter zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten: Die neue Rolle der Deutschen (Teil II und Schluß).

Seite 4

Manfred Opel MdB zum Erfordernis, den Abrüstungsprozeß arbeitsmarktpolitisch zu flankieren: Rüstungskonversion im Norden besonders dringlich.

Seite 6

45. Jahrgang / 93

16. Mai 1990

Die Worte der Sonntags-Redner müssen eingelöst werden (Teil I)

Zum deutsch-deutschen Einigungsprozeß

Von Steffen Reiche

Mitglied der SPD-Fraktion der DDR-Volkakammer

Das Thema "Die Entwicklung in der DDR und die Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland" ist eine Aussage. Und das ist gut so, denn das erste Mal seit vielen Jahren hat eine Entwicklung in der DDR wieder direkte Auswirkungen auf die Bundesrepublik, dergestalt daß nur die Formen der Abgrenzung der beiden deutschen Staaten modifiziert wurden. Nun gibt es direkte Auswirkungen der Entwicklung in der Bundesrepublik und in absehbarer Zeit sogar hoffentlich eine gemeinsame Entwicklung. Denn mit dem 9. November hat der Montag und somit die Arbeitswoche nach den 40 Jahren Sonntagsreden der bundesdeutschen Politik begonnen.

Dank der grenzbrechenden Medien haben wir den Inhalt dieser Sonntagsreden im Ohr gehabt und klagen nun ihre Verwirklichung ein. Wir nehmen Euch, deutsche Landsleute - ich sage es ohne jeden Nationalismus -, beim Wort. Beim Wort Eures Grundgesetzes und dem der zahlreichen Sonntags-, 17. Juni-, 21. August-, KSZE-Reden und so weiter.

Unsere Situation ist letztlich die, daß wir zurückgekehrt sind. Wir haben nicht nur einen Umweg gemacht, sondern wir sind in eine Sackgasse geraten. Wir haben dabei auch einige Dinge entwickelt, die wir mit zurückbringen und auf die wir nicht verzichten wollen, aber vor allem kehren wir zurück zu dem anderen deutschen Teilstaat und einer europäischen Teilgemeinschaft, die in der Zeit unserer ungewollten Abwesenheit eine ungeheuer dynamische Entwicklung erlebt haben. Wenn wir als Deutsche zurückkehren - und das unterscheidet uns von unseren tschechoslowakischen und polnischen Freunden - dann haben wir zum einen über Jahrzehnte hinweg wichtige Menschen verloren, die von Ost nach West gingen, die uns jetzt Identität stiften könnten, und dann kehren wir zum anderen in einen gemeinsam aufzubauenden Staat zurück. Das sind die großen Chancen und die Gefahren.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vom Güterweg
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die letzte Tat der SED hat den über Jahrzehnte hinter der Mauer angestauten Druck auf einmal losbrechen lassen und nun müssen unter ständigem Zeitdruck Formen für das gemeinsame Leben gefunden werden, das sonst Chaos heraufbeschwört. Für eine Entwicklung, die eigentlich Jahre bräuchte, haben wir nur Wochen und Monate.

Aber ich denke es ist gut, daß wir unter diesem Druck stehen, denn zum einen ist das Potential an materiellen und intellektuellen Voraussetzungen vorhanden und zum anderen drängt die Zeit so sehr in Richtung Ost-West- aber auch Nord-Süd-Integration, daß wir hier mit den günstigen Voraussetzungen einen guten Impuls und ein Vorbild geben können. Um die Situation zu begreifen, muß man hier, denke ich, zu allererst den richtigen Namen geben. (Die Juden kämpften seit Jahren darum, daß der Genozyd an ihrem Volk nicht Holocaust-Brandopfer genannt wird, sondern Schoa-Katastrophe.) In der DDR deutete sich der Zusammenbruch im Spätsommer mit der großen Fluchtwelle an. Unter dem Eindruck dieses Gebälkknisterns begannen verschiedene Menschen und Gruppen eine Revolution vorzubereiten. Es war eine große Entschlossenheit zur Verbesserung, zur Umgestaltung und Entwicklung dieser sozialistischen DDR-Gesellschaft da. Somit standen die Konzepte der Opposition gegen die zur Gewalt bereite Konzeptionslosigkeit des Staates. Die Folge davon war der beginnende Zusammenbruch auf der einen und der wachsende Mut zum Durchbruch auf der anderen Seite. Als die Revolution beginnen sollte, begann der Zusammenbruch. Was man bekämpfen wollte, existierte zunehmend gar nicht mehr. Das einzige, worin sich die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft unterschieden, war die Einsturzgeschwindigkeit.

Nicht mehr Revolution, sondern Rückkehr wurde zunehmend gefordert - zum Beispiel zu der Fahne, die bis in die sechziger Jahre auch in der DDR galt und den mit ihr verbundenen Werten. Rückkehr zur Einheit, zu einem deutschen Staat, der durch die Ausweitung bundesdeutscher Verhältnisse konstituiert sein sollte. Rückkehr zur föderalen Struktur, die bis 1952 der DDR bestanden hatte.

Es wurde nichts Neues geschaffen. Neu war lediglich, daß die bewährten Formen der Demokratie und Ökonomie nun auch wieder bei uns zur Geltung gelangen sollten. Doch das allein reicht für den Frieden in Europa nicht. Die Zeit bis 1933 hat es gezeigt. Der Prozeß der Gestaltung demokratischer und föderativer Strukturen von Wirtschaft, Staat und Sicherheit in Europa wird die eigentliche Revolution in Europa bringen. Eine Revolution, die wir gemeinsam noch machen müssen. Die Entwicklungen in der DDR machen eine gesamteuropäische Entwicklung, die Vereinigten Staaten von Europa, nötig und möglich. Das ist die eigentliche Auswirkung auf die Bundesrepublik. Die deutsche Einigung ist ein wichtiger Teilprozeß der europäischen Einigung.

Am 9. November sind wir in die Wirklich des 20. Jahrhundert, nach Deutschland und nach Europa zurückgekehrt. An dieser Öffnung einer bisher geschlossenen Gesellschaft muß sich die bundesdeutsche, offene Gesellschaft bewähren.

Bis zum 9. November gab es Ansätze zur Revolution, gab es eine greifende Umwälzung. Dann aber nahm uns das Staunen über den Westen und die Größe des uns angetanen Betrugés den Atem. Der Oktober flackerte noch einmal auf im Kampf gegen die SED-PDS und ihre Staatssicherheit zu Beginn dieses Jahres. Als auch diese Bastion geschleift war, war allen deutlich, daß da keine Substanz mehr da ist "für unser Land", wie es Christa Wolf und Stefan Heym in einem schon bei Erscheinen obsoleten Appell glauben machen wollten. Ein sollte es werden. Und am 18. März setzte die Mehrheit hinzu: seins, denn er hat das Geld und das Sagen. Unser Land war nicht mehr die DDR, sondern ein Deutschland.

(-/16.5.1990/vo-ha/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe.)

Wiesbadener Flucht aus dem eigenen Versagen

**Zur Forderung der hessischen FDP, am 13. Januar gesamtdeutsche und Landtags-Wahlen
durchzuführen**

Von Hans Eichel

Vorsitzender der hessischen SPD

Die von der hessischen FDP anvisierte Zusammenlegung von gesamtdeutschen Wahlen und hessischen Landtagswahlen am 13. Januar 1991 ist ein eiskalter Abschied aus der Landespolitik und der durchsichtige Versuch, das Versagen der hessischen Landesregierung von CDU und FDP hinter gesamtdeutschen Wahlen zu kaschieren.

Während Ministerpräsident Wallmann noch vor einer Woche von einem eigenständigen hessischen Wahltermin gesprochen hat, geht nach den Wahlergebnissen vom Wochenende bei der Koalition in Wiesbaden die nackte Angst um. Alle hessischen Interessen würden über Bord geworfen, selbst der einmalige Fall, daß hessische Landtagswahlen noch auf einen Ferientag fallen sollen, schreckt inzwischen die Landesregierung nicht mehr.

Wer so mit der hessischen Landespolitik und mit dem Recht der Bürger, über die Leistungen einer Regierung abzustimmen, umgeht, muß sich den Vorwurf der Manipulation aus rein parteitaktischen Gründen gefallen lassen.

Diese Flucht aus dem eigenen Versagen wird die hessische SPD nicht mitmachen. Wir unterstreichen unsere Forderung, die seit Monaten auf dem Tisch liegt, nach einem eigenständigen hessischen Wahltermin. Die hessische SPD jedenfalls kann sich mit ihren Leistungen und mit ihrem Programm für die Zukunft Hessens mit ruhigem Gewissen den Wählerinnen und Wählern stellen.

(-/16.5.1990/vo-hg/rs)

Die neue Rolle der Deutschen

(Teil II und Schluß)

Gedanken zur Entwicklung in beiden deutschen Staaten

Von Prof. Horst-Eberhard Richter

Das nationalistische Potential muß sorgfältig beachtet werden. Daß diese Tendenzen nicht noch stärker durchschlagen, hat vor allem zwei Gründe. Einer liegt darin, daß das Ressentiment sich zur Zeit nicht recht an einem überragenden Feindbild festmachen kann. Es fehlt der große Verfolger, dessen sich die braven, tüchtigen, redlichen Deutschen erwehren müßten. Das versöhnliche internationale Klima ist kein günstiger Nährboden für das Schwarz-weiß-Denken beziehungsweise die Sündenbockprojektionen, die der Rechtsnationalismus zu seinem Gedeihen bedarf. Aber das Klima könnte sich bald ändern, wenn Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot zunehmen und eine wirtschaftliche Rezession einsetzt. Asylanten bekommen immerhin bereits verstärkte Ausgrenzungstendenzen zu spüren. Der Entwurf des neuen Ausländerrechts enthält unverkennbar entsprechende Elemente.

Nicht zu verschweigen ist aber auch, daß sich den rechtsnationalistischen Tendenzen eine breite demokratische Gegenbewegung widersetzt. Ihr kommt zugute, daß alle großen Umwälzungen im Osten von Rumänien bis zur DDR unter dem Schutz und der Anregung durch Gorbatschows Perestrojka erfolgt sind. Deren Leitgedanken wie Demokratisierung, Humanisierung der internationalen Beziehungen, Abrüstung, globale ökologische Zusammenarbeit, vertragen sich wahrlich nicht mit überlebten nationalistischen Konzepten.

Hierzulande meine ich im übrigen die Auswirkung einer Erinnerungsarbeit wahrzunehmen, die gerade in den letzten Jahren vielerorts spontan geleistet worden ist. Ich denke an die Tausenden von Initiativen, die sich damit beschäftigt haben, die Wurzeln und Folgen des Nazi-Ungeistes in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen aufzudecken und zu dokumentieren, in den Kommunen, in der Wirtschaft, in den Kirchen, in der Medizin, in der Justiz, in Literatur und Kunst, in den Schulen und Universitäten. Als wir unlängst im Rahmen einer vergleichenden Ost-West-Studie 1.400 Studenten unserer Universität befragt haben, ob sie eine Auseinandersetzung mit der Hitlerzeit immer noch für wichtig hielten, gaben 87 Prozent der Studentinnen und 85 Prozent der Studenten eine eindeutig positive Antwort. Ein nicht unbedingt erwartetes Ergebnis, das sich jene Unionspolitiker gut merken sollten, die immer wieder - auf rechte Wähler schießend - den endgültigen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen verlangen.

Es ist jedenfalls ermutigend, wann mehr als vier Fünftel der von uns befragten Studenten die Aufarbeitung der Hitlerzeit immer noch für wichtig finden. Es ist unerlässlich, daß wir unsere neue gemeinsame Identität in Abkehr von jenem Kult der Stärke und Größe suchen, der in unserer nationalen Geschichte die schrecklichsten Katastrophen heraufbeschworen hat. Alle äußeren Bedingungen erleichtern zur Zeit die Möglichkeit, ein politisches Bewußtsein zu entwickeln, das nicht nur einen überlebten nationalen Egoismus überwindet, sondern darüber hinaus jenes expansionistische Machtdenken, das die Industrieländer insgesamt bislang in unheilvoller Übereinkunft auf Kosten der Schwachen und der natürlichen Umwelt angetrieben hat.

Diese Chance einer grundlegenden konstruktiven Umorientierung fällt uns durch die radikalen internationalen Umwälzungen zu. Wir könnten als eine zusammenwachsende, einflußreiche Einheit in Europa als eine Art Katalysator jenes neuen Denken zu verbreiten helfen, das ein Ende machen will mit jenen ungehemmten machtpolitischen Rivalitäten, welche heute schon die Lebensbedingungen in Teilen der Welt, morgen auf der gesamten Erde definitiv zu vernichten drohen. Ich erinnere an eine realistische Mahnung, die Hoimar von Ditfurth noch kurz vor seinem Tod niedergeschrieben hat:

"Schon in wenigen Jahrzehnten wird es nicht mehr um Luxus und Bequemlichkeit gehen. Dann geht es nur noch um das nackte Überleben in einer Welt, deren lebenserhaltende Potenzen wir, den Blick unbeirrt auf Wirtschaftswachstumsraten, Exportquoten und Bundesbanküberschüsse gerichtet, schlicht verpaßt haben."

Das sind die wahren Bedingungen, unter denen wir Deutschen unsere künftige Position in Europa zu bestimmen haben. Da ist weder Platz für einen obsoleten Nationalismus noch für eine Fortsetzung jenes rücksichtslosen kapitalistischen Wettlaufs, der bisher den militärischen Stärkekuh auf der ökonomischen Seite fortgesetzt und abgestützt hat. Wir sollten eine Vorreiterrolle zu einer auf globale Solidarität fundierten Wirtschafts- und Umweltpolitik übernehmen. Dies wäre die Entfaltung einer anderen Art von nationaler Kraft als jener egoistischen Elfbogenenergie, mit der wir in der Vergangenheit immer wieder katastrophales Unheil angerichtet haben. Es wäre die mutige Konsequenz aus der Einsicht, daß heute die Völker in allen Teilen der Erde voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, daß Elend, Flüchtlingsnot und Naturzerstörungen in einem Teil der Welt morgen alle anderen in Mitleidenschaft ziehen würden.

Also sitzen wir bereits weltweit in einem Boot. Verschwistern wir uns nicht mit den anderen und den Fremden und teilen wir nicht mit ihnen, werden wir gemeinsam untergehen. Hier liegt die große Möglichkeit, uns künftig als ganzheitliches Kulturvolk, als das wir uns gern beschreiben und rühmen, zu bewahren. So konnten wir den unserem Volkscharakter zugeschriebenen Ehrgeiz und Geltungsdrang in einer segensreichen Weise ausleben. Nämlich zuerst durch eine beispielhafte freiwillige radikale Entmilitarisierung, eingeleitet durch eine standfeste Absage an alle, etwa gar noch modernisierten Atomwaffen auf deutschem Boden. Einst zweigeteilter militärischer Frontstaat, könnten und sollten wir nunmehr in vorderer Linie für eine gewandelte politische und ökonomische Moral werben, indem wir Solidarität mit den anderen und Fremden auf eigenem Boden als multikulturelle Gesellschaft vorleben und uns zugleich energisch an der Befreiung der armen Völker von ihren tödlichen Abhängigkeiten beteiligen. Noch immer sterben in den unterentwickelten Ländern wöchentlich 250.000 Kinder. Und noch immer bürden wir reichen Ländern den armen einen Schuldendienst auf, der dreimal höher ist als die ihnen gewährten Entwicklungshilfegelder.

Es ist keine Utopie, die Verwirklichung einer solchen revolutionären politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Moral zu fordern. Vielmehr ist es eine Utopie - ich erinnere an von Dithfurts Worte -, das Leben auf der Erde längerfristig bewahren zu wollen, wenn wir so weitermachen, wie bisher.

(-/16.5.1990/v0-ha/rs)

Rüstungskonversion im Norden besonders dringlich**Zum Erfordernis, den Abrüstungsprozeß arbeitsmarktpolitisch zu flankieren****Von Manfred Opel MdB**

Auf meine Anfrage teilte jetzt der Bundesminister der Verteidigung endlich die aktuellen Umfangszahlen für das militärische und zivile Personal der Bundeswehr für Schleswig-Holstein mit.

Danach sind im Augenblick in Schleswig-Holstein etwa 84.000 Bundeswehrangehörige beschäftigt. Knapp 24.000 Personen sind zivile Mitarbeiter der Bundeswehr; das entspricht rund 15 Prozent des Gesamtumfangs der Bundeswehr in Schleswig-Holstein. Wie aus der Aufstellung hervorgeht, ist die Bundeswehr in einigen kreisfreien Städten, wie Kiel und Flensburg sowie einigen Kreisen, wie Schleswig-Holstein, Nordfriesland und Rendsburg-Eckernförde, besonders stark konzentriert. Damit nehmen diese fünf kreisfreien Städte und Kreise (von insgesamt 16) über 60 Prozent der Bundeswehrangehörigen bei sich auf. Besonders interessant ist es, die Summe aus zivilen Mitarbeitern und Berufssoldaten zu betrachten. Dieser Personenkreis hatte im wesentlichen die Erwartung, das gesamte berufliche Leben bei der Bundeswehr zu verbringen. Nur in zwei kreisfreien Städten und fünf Kreisen gibt es weniger als 1.000 Angehörige dieser Gruppen.

Bei Abrüstungserfolgen, die sicherlich wesentlich schneller und durchgreifender als erwartet erzielt werden können, werden daher vermutlich die Kreise und kreisfreien Städte mit einem sehr hohen Bundeswehranteil besonders stark belastet werden. Bei der Analyse der Verteilung der Bundeswehr in Schleswig-Holstein fällt allerdings auf, daß die Bundeswehr mit wenigen Ausnahmen dort besonders konzentriert ist, wo ohnehin strukturschwache Gebiete bestehen.

Nun hat Minister Stoltenberg landauf, landab verkündet, er wolle in erster Linie in den Ballungszentren abbauen. Allein aus der offiziellen Darstellung des Verteidigungsministeriums ergibt sich, daß beispielsweise in Hamburg weniger Soldaten und insbesondere weniger zivile Mitarbeiter und Berufssoldaten stationiert sind als beispielsweise in Kiel. Damit hat Hamburg noch nicht einmal 15 Prozent der Bundeswehrangehörigen Schleswig-Holsteins. Selbst wenn man also in Hamburg mit Priorität reduzieren würde, wäre damit voraussichtlich keine wesentliche Erleichterung verbunden. Während beispielsweise in Hamburg etwa ein Viertel der Bundeswehrangehörigen aus zivilen Mitarbeitern besteht, sind es in Kiel vergleichsweise etwa 50 Prozent. Auch hier zeigt sich, daß in Schleswig-Holstein vollkommen andere Strukturen bestehen, auf die Rücksicht genommen werden muß. In ganz Schleswig-Holstein gibt es ganz offensichtlich allenfalls zwei Landkreise, welche die Abrüstungsfolge deutlich leichter ertragen könnten als die übrigen.

Man muß außerdem damit rechnen, daß etwa drei Bundeswehrangehörige einen Arbeitsplatz in der privaten Wirtschaft tragen. Grob geschätzt leben also in Schleswig-Holstein mindestens 25.000 Erwerbstätige von der Bundeswehr. Dies verschärft natürlich die Problematik insbesondere dort, wo besonders viel Bundeswehr stationiert ist.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß Herr Stoltenberg endlich sagt, wie er sich die Umsetzung der Abrüstungsergebnisse vorstellt und auf welche Weise er Ersatzarbeitsplätze für die freigesetzten Bundeswehrangehörigen schaffen will. Die Menschen hier würden nicht verstehen, wenn man entsprechende Programme in der DDR mit Milliardensummen finanzieren würde und ihnen gleichzeitig noch nicht einmal sagt, was mit ihnen geschehen soll. Sagen Sie, was werden soll, Herr Stoltenberg! Es ist höchste Zeit.

(-/16.5.1990/vo-ha/rs)

BERICHTIGUNG:

Im SPD-Pressedienst vom 15. Mai 1990 wurde der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Helga Timm irrtümlich die Funktion einer Parlamentarischen Geschäftsführerin zugeschrieben. Wir bitten um Entschuldigung.